

Die Justiz spricht: Ein Jahrzehnt Warnsignale - Jetzt liegt es bei Ihnen

Seit 2015 setzen sich Magistrate, Gerichtspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Sachverständige, Gerichtsvollzieher und Verwaltungspersonal jeden 20. März zusammen, um Alarm zu schlagen. Zehn Jahre lang wurde daran erinnert, dass es der belgischen Justiz an Mitteln und Personal mangelt. Zehn Jahre, um einfach zu fordern, dass die Justiz ihren Auftrag ordnungsgemäß erfüllen kann: die Rechte aller zu schützen.

Und heute müssen wir uns mehr denn je direkt an Sie wenden: **Wenn die Justiz geschwächt wird, schwanken Ihre Rechte.**

Zehn Jahre Mobilisierung: immer die gleiche Nachricht, kein Gehör

Am 20. März 2015 fand im **Brüsseler Justizpalast eine erste Kundgebung statt**, die ein Symbol für eine bereits unter Druck stehende Institution war. Seit 2016 haben sich die Maßnahmen mit einer Reihe einfacher und grundlegender Forderungen auf das ganze Land ausgeweitet: ausreichendes Personal, moderne Arbeitsmittel, sichere Gebäude und ein Management, das die Unabhängigkeit der Justiz garantiert.

Jedes Jahr gab es seitdem eine besorgniserregendere Feststellung als die vorherige:

- **2018:** Anprangern der Verschlechterung des Dienstes an den Rechtssuchenden und der Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit.
- **2019 :** Unter dem Motto „*Rechtsstaatlichkeit, ich glaube daran! 66 Tage, um die Justiz zu retten*“, wurden sechs strukturierende Forderungen formuliert: Effektiver Zugang zur Justiz, Achtung der Rahmenbedingungen, Verwaltungsautonomie, würdige Infrastrukturen, moderne Informatik und Dienstleistungen, die auf den Schutz der Grundrechte ausgerichtet sind.
- **2020–2021:** Trotz der Pandemie wurden symbolische Maßnahmen ergriffen. Hochrangige Persönlichkeiten wie **Françoise Tulkens**, ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, und **Koen Lenaerts**, Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Union, wiesen auf die Dringlichkeit der Lage hin.
- **2023–2025:** Konferenzen, offene Briefe, Mobilisierungen aller Juristen, die an die gleiche Dringlichkeit erinnerten.

Zehn Jahre Analysen, zehn Jahre Diagnosen. Dennoch bestehen nach wie vor die gleichen strukturellen Mängel.

Warum diese Situation Sie direkt betrifft

Jede Verzögerung, jede Vertagung, jede Akte, die nicht voranschreitet, jeder fehlende Magistrat haben konkrete Folgen für die Prozessparteien:

- Opfer, die auf Anerkennung warten;
- zerrissene Familien, für die nach wie vor Unsicherheit herrscht;
- Arbeitnehmer oder Selbstständige, ohne Klärung ihrer Konflikte ;
- schutzbedürftige Personen, die ihre Rechte nicht mehr wahrnehmen können.

Wenn es den Gerichtskanleien an Personal mangelt, die Digitalisierung unvollkommen ist, Magistrate und Anwälte überlastet sind, **werden Ihre Grundrechte geschwächt.**

Und paradoxerweise, während jeder Bürger verpflichtet ist, die ihn betreffenden Gerichtsentscheidungen zu vollstrecken – manchmal unter Androhung von Sanktionen –, **erlaubt sich der belgische Staat, eine erhebliche Anzahl von gegen ihn ergangenen Entscheidungen nicht zu**

respektieren. Dies untergräbt das Vertrauen der Bürger in die Justiz und untergräbt das in einer Demokratie grundlegende Gleichgewicht der Mächte.

Ein besorgniserregender Verlust an Attraktivität: Justiz zieht nicht mehr an

Verschärft wird die Situation durch eine anhaltende Verschlechterung der Attraktivität der Justizberufe: Chronische Überlastung, unterbesetzte Teams, wachsende Verantwortung, schwierige materielle Bedingungen, während gleichzeitig die Gehaltsbedingungen seit mindestens 20 Jahren nie aufgewertet wurden usw.. Schlimmer noch, der finanzielle Status der Greffiers und des Gerichtspersonals wurde vor einigen Jahren bei einer Reform abgewertet.

Hinzu kommt die angekündigte Rentenreform ohne Übergangs- oder Ausgleichsmaßnahmen. In der jetzigen Form wird dies für viele Richter und Staatsanwälte sowie ihrem Personal zu erheblichen finanziellen Verlusten führen, auch wenn ihre Arbeitsbelastung weiter zunimmt. Dadurch wird die Attraktivität der Berufe weiter geschwächt, und es besteht die Gefahr, dass erfahrene Personen vorzeitig ausscheiden, ohne dass eine angemessene Vertretung gewährleistet ist.

Alles trägt dazu bei, dass kompetente und motivierte Profile sich abwenden.

Wenn es der Justiz nicht mehr gelingt, einen Magistrat, einen Greffier, einen Sachverständigen oder einen Übersetzer einzustellen, ist das nicht nur eine Personalfrage, sondern führt zu zusätzlichen Verzögerungen, Qualitätseinbußen und einem Verlust an Fachwissen. Und eine Justiz ohne qualifizierte Fachkräfte ist eine Justiz, die verarmt und ihre Fähigkeit verliert, mit Sorgfalt, Präzision und Menschlichkeit zu entscheiden.

Eine Milliarde angekündigt... eine ausreichende Antwort?

Die Ankündigung einer Milliarde Euro für die „Justiz“ hätte uns vielleicht glauben lassen, dass ein Wendepunkt erreicht ist. Ein Großteil dieser Mittel ist jedoch für die Infrastruktur von Strafvollzugsanstalten bestimmt. In der Zwischenzeit arbeiten die Gerichte weiterhin ohne angemessene strukturelle Mittel: stagnierende Digitalisierung, sich verschlechternde Gebäude, Personalmangel, allgemeine Erschöpfung der Teams usw.

Im allgemeinen politischen Richtlinienplan vom 22. Januar 2026 werden 6,4 Mio. EUR für gezielte Verstärkungen genannt: ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zum tatsächlichen Bedarf. Die Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität (Mahlzeitschecks, Telearbeit, Modernisierung) bleiben unklar, hypothetisch oder ohne genauen Zeitplan. Und flexible Rahmen sind nur eine Möglichkeit, mit Engpässen umzugehen.

Letzter Nagel im Sarg der Justiz: die Ankündigung einer erheblichen Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge für die verbeamteten Mitglieder des Gerichtswesens (einschließlich der Magistrate), die zu Lasten des Budgets der Justiz gelegt werden ohne eine Erhöhung der Haushaltsmittel, um dies auszugleichen. Einstellen war noch nie teurer für die Justiz. Es werden also noch weniger Magistrate, Greffiers und Gerichtspersonal angestellt werden.

Die Lage ist kritischer denn je.

Dieser Kampf ist nicht der Kampf der Richter: Er geht alle an

Die Anwälte beklagen, dass es materiell unmöglich sei, ihre Mandanten in langwierigen Verfahren angemessen zu verteidigen. Sie beklagen auch die unmenschlichen Umstände, in denen Gefangene aufgrund der immer mehr anwachsenden Überbevölkerung in den Gefängnissen leben müssen.

Es gibt nur wenige Übersetzer, Dolmetscher und Experten, und diejenigen, die zur Verfügung stehen, haben angesichts der erheblichen Zahlungsverzögerungen Schwierigkeiten, ihre Kernaufgabe zu erfüllen.

Das Verwaltungspersonal ist – oft im Schatten stehend – übermäßig belastet.

Die Justiz funktioniert weiterhin dank des Engagements und des Pflichtgefühls derer, die sie am Leben erhalten, nicht dank der sehr beschränkten Mittel, die ihr zugewiesen werden.

Unsere Botschaft ist einfach

Die Justiz ist kein Dienst unter anderen: sie ist eine der drei Staatsgewalten, die auf derselben Höhe steht wie die gesetzgebende und die ausführende Gewalt. Sie ist die ultimative Garantie dafür, dass jeder, ob reich oder arm, mächtig oder verletzlich, seine Rechte geltend machen kann.

Wir fordern keine Privilegien. Wir fordern die notwendigen Mittel, um die Gerechtigkeit, die Sie verdienen, wiederherzustellen: eine zugängliche, menschliche, effiziente und unabhängige Justiz.

Der 20. März ist kein rein symbolisches Datum.

Er ist zu einem **demokratischen Signal** geworden, einer direkten Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, die politischen Entscheidungsträger und die Gesellschaft als Ganzes.

Denn **Justiz ist kein Kostenfaktor.**

Sie ist die Voraussetzung für Demokratie und sozialen Frieden.

*Um das Lesen dieses Texts zu vereinfachen, wurde nicht gegendert, dies bedeutet jedoch keineswegs, dass die unerlässliche Rolle aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Justiz, die sehr zahlreich sind, nicht anerkannt wird.



Vereinigung der deutschsprachigen Magistrate (VDM) - Koninklijk Verbond van de vrede-en politierechters / Union Royale des juges de paix et de police (URJPP-KVVP) - Association syndicale des magistrats (ASM) - Union professionnelle de la magistrature (UPM) - Magistratuur & Maatschappij (M&M) - De Adviesraad van de magistratuur / le Conseil consultatif de la magistrature (ARM-CCM) - De Vakvereniging Pensioenhervorming – l'Ordre des barreaux francophones et germanophone (Avocats.be) - La Ligue des droits humains - Syndicat des avocats pour la démocratie (SAD) - Union professionnelle des traducteurs et interprètes jurés (BBVT-UPTIJ) - Ordre français des avocats du barreau de Bruxelles - Barreau de Mons - Barreau d'Eupen - Barreau de Charleroi - Barreau de Luxembourg - Barreau du Brabant Wallon – Barreau de Namur-Dinant - Barreau de Verviers – Barreau de Liège-Huy - Barreau de Tournai - Chambre Nationale des Huissiers de Justice / Nationale Kamer van Gerechtsdeurwaarders (CNHB-NKGB)